

Problemfall Lompscher

**Katrin Lompscher:
Bezahlbare Mieten
und eine
lebenswerte Stadt,
das will ich.**



DIE LINKE.

Es ist bald zwei Jahre her, dass die Koalition aus SPD, Linken und Grünen das Ruder in Berlin übernommen hat. Neben vielen anderen Problemen steht der Wohnungsneubau, angesichts der ständig wachsenden Stadt, besonders im Fokus. Die Besetzung des Ressorts Stadtentwicklung und Wohnen mit der Linken Politikerin Katrin Lompscher erwies sich inzwischen als eine eklatante Fehlentscheidung. Wie sich Lompscher ihr Amt vorstellt, wurde spätes-

tens mit der Berufung des Stadtsoziologen Andrej Holm deutlich. Seine Stasibelastung war eigentlich nebensächlich, wichtiger ist vielmehr, welche Ziele er verfolgt. Ein Forschungsprojekt, das er koordinierte, hieß „Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter“. Darunter ist sicherlich nicht „bauen, bauen, bauen“ zu verstehen. Holm kam seinem Rauswurf durch den Regierenden Bürgermeister Michael Müller zuvor, indem er von selbst zurücktrat. Nur wenige Tage nach dem Rücktritt machte Holm als Berater der Links-Fraktion weiter und seit Februar 2017 berät Holm die Senatsverwaltung als Mitglied des „Begleitkreises zum Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030“. Holm geht in der Senatsverwaltung nach wie vor ein und aus und bestimmt mit.

Zu Personalfragen hat sich Katrin Lompscher in einem heute veröffentlichten Interview der Berliner Morgenpost nicht geäußert, auch nicht zu der dreimonatigen Freistellung der Senatsbaudirektorin Regula Lüscher und erst recht nicht dazu, „die wichtige Abteilung für den Wohnungsbau mit einer fachfremden Parteifreundin, der Jugendstadträtin Sandra Obermeyer aus Mitte, zu besetzen.“ Über Hitzefrei in ihrer Verwaltung wollte sie mit der Morgenpost auch nicht sprechen, dafür aber in einem zeitgleich erschienenen Interview mit dem Tagesspiegel: „Diese Regelung galt nur einen Tag aus Gründen des Gesundheitsschutzes. Dieses Verwaltungsgebäude ist stark sanierungsbedürftig. Eine Klimaanlage haben wir am Fehrbelliner Platz wie die meisten Verwaltungen nicht.“

„Das Mantra ‚Bauen, bauen, bauen, egal was, Hauptsache, viel teile ich nicht.‘, sagte sie der Morgenpost. Wichtig sei ihr, dass die „Bezirke gut ausgestattet werden, um ihre Neubau-Aufgaben erfüllen zu können.“ Ihre Aufgabe sei es, „für eine integrierte Stadtentwicklung zu sorgen, damit sich neue Bauten und Quartiere in das städtische Gesamtgebilde gut einfügen, und für bezahlbare Mieten zu sorgen.“ Dagegen kann niemand etwas haben. Integrierte Stadtentwicklung schließt doch aber das Neubauen nicht aus. „Dass die Wohnungsfrage immer drängender wird, an Brisanz gewinnt und für viele Menschen zur existenziellen Frage geworden ist, sollte uns allen Aufforderung sein, diese gemeinsam zu beantworten.“, erklärt sie in dem Interview. Die Worte liest mal wohl, allein der Glaube fehlt.

Auf die Feststellung der Morgenpost-Redakteur Isabell Jürgens und Andreas Abel: Sie erreichen Ihr Ziel, 30.000 landeseigene Wohnungen bis 2021 zu bauen, nicht, antwortete Lompscher: „Das ist nicht mein persönliches Ziel, sondern ein gemeinsames Ziel von Koalition und Senat, an dem wir festhalten.“ Diesen Satz muss man sich mehrfach durchlesen. Ist eine Senatorin nicht den Zielen der Regierung, der sie angehört, verpflichtet? Von Seite 21 bis 39 steht alles dazu in der Koalitionsvereinbarung. Man kann ja persönlich andere Ziele haben, als die Regierung, der man angehört. In diesem Falle sollte man aber sein Amt aufgeben.

Auf die Nachfrage der Morgenpost-Redakteure, ob die 30.000 Wohnungen noch bis 2021 zu schaffen seien, antwortet Lompscher: „Wir arbeiten daran. Aber letztendlich ist nicht die absolute Zahl Ende 2021 entscheidend, sondern dass wir überzeugende Antworten auf die drängenden Wohnungsfragen der Berliner in überschaubaren Zeiträumen geben. Daran werden wir uns messen lassen müssen. Das Gesamtziel sind 400.000 kommunale Wohnungen bis 2026.“, wobei es 300.000 schon gibt, es also noch um 100.000 geht. Auch diese Antwort ist ziemlich quer. Messen lassen muss sich der Senat im Wahlkampf 2021 an den absoluten Zahlen, woran denn sonst?

Dem Tagesspiegel sagte Lompscher: „Koalition und Senat halten an dieser ehrgeizigen Zielzahl fest, wir mussten aber feststellen, dass es eine zu optimistische Einschätzung gab, wie schnell man größere Bauvorhaben auf den Weg bringen kann. Während der Koalitionsverhandlungen 2016 hatten wir alle den Eindruck, dass einige große Projekte schon sehr viel weiter vorbereitet waren als es tatsächlich der Fall war.“

Die Vorwürfe, auch von den Koalitionspartnern SPD und Grüne kann sie „ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen.“ Am 6. August lud Lea Rosh zu einer Diskussionsrunde Katrin Lompscher, Christian Gräff (CDU), Reiner Wild (Berliner Mieterverein), Volker Härtig (SPD) und Staatssekretär Dr. Frank Nägele (SPD) ein. Die SPD-Vertreter hätten sich mit Lompscher gezoft, sagte Christian Gräff zu paperpress. Lompscher wirkte relativ entspannt und sei sich keiner Schuld bewusst. Ihre Wahrnehmung ist offenbar eine andere.

Christian Gräff: „Den Wohnungsbau anzukurbeln ist die größte und wichtigste Herausforderung in Berlin, sowohl für den sozialen Ausgleich in der Stadt, als auch für das wirtschaftliche Wachstum.“ Volker Härtig sagt: „Sie hat die Erfolgszahlen beim Wohnungsbau frisiert und die Erfolge der früheren SPB Baupolitik ruiniert.“ Katrin Lompscher: „Stadtentwicklung ist mehr als Wohnen: Wir müssen neue Stadtquartiere ganzheitlich planen und entwickeln, damit Berlin auch künftig eine lebenswerte Metropole bleibt.“ Daran ist nichts auszusetzen. Aber nochmals. Das widerspricht doch nicht dem zügigen Neubau von dringend benötigten Wohnungen. Reiner Wild weist auf folgendes Problem hin: „Wohnungen, Häuser und innerstädtischer Boden sind vielfach der Spekulation auf hohe Rendite anheimgefallen. Die Rechtsverstöße von Vermietern sind auf angespannten Märkten allgegenwärtig. Ohne empfindliche staatliche Hilfestellung wird es nicht zu einem wirklichen Ausgleich von Interessen kommen.“ Es ist vollkommen richtig, dass Spekulationen nicht zu Lasten der Mieter gehen dürfen. Es ist aber auch richtig, dass man schlicht und einfach für 6,50 Euro keine Wohnung bauen kann. Investoren müssen keine Millionäre werden, ein Neubau muss aber kostendeckend sein, sonst baut niemand mehr. Für diesen Ausgleich der Interessen müsste unter anderem Frau Lompscher sorgen.

Es hat sich seit dem Start von R2G gezeigt, dass Katrin Lompscher nicht die richtige für diese Aufgabe ist. Ihre Interessen sind andere, als die des Senats. Das haben wir gelernt. Nicht nur die CDU, vor allem auch die SPD kritisiert Lompscher. Und am 30. Juli äußerte sich auch die Grünen Fraktionsvorsitzende Antje Kapek mit „deutliche Kritik an der von Katrin Lompscher verantworteten Baupolitik in Berlin“ in der Berliner Morgenpost. „Wir brauchen ein Berliner Bündnis mit den privaten Investoren“, forderte Kapek im Interview mit der Berliner Morgenpost. „Es ist falsch, zu sagen, private Investoren sind per se böse, deshalb dürfen wir nur mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften planen“, sagte sie. Es gebe sehr viele Unternehmen und private Investoren, die sich für Berlin und das Gemeinwohl engagieren wollen. Es sei ein „Kardinal-

fehler“, mit ihnen nicht zu reden oder zu kooperieren. Schließlich lägen 70 Prozent des Berliner Wohnungsmarktes in privater Hand. „Nicht jeder private Hauseigentümer ist gleichzusetzen mit einem Spekulanten“, mahnte Kapek. Klare grüne Worte.

Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Stefan Evers greift Medienberichte auf, wonach Lompscher kein Interesse an der Federführung der Berlin Strategie 2030 habe. „Die politische Federführung für die Berlin Strategie 2030 gerät zum Stück aus dem Tollhaus. Laut Aussage der Senatskanzlei wird die Zuständigkeit für eine Berlin Strategie 2030 der bisher zuständigen Katrin Lompscher nicht etwa entzogen, sondern die Senatorin interessiere sich schlicht nicht für die Zukunft der Stadt. Sie setze andere Schwerpunkte - man fragt sich, welche das sein sollen? Der Wohnungsbau ist es jedenfalls nicht.“

Zum Thema „Berlin Strategie 2030“ sagt Katrin Lompscher dem Tagesspiegel: „Es gibt Themen, von denen ich schon immer der Meinung war, dass sie beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt sein sollten. Das gilt explizit für die ‚Berlin-Strategie 2030‘. Während der Koalitionsverhandlungen war es mein Vorschlag, dass Michael Müller die Federführung für diese Stadtstrategie übernimmt. Ich finde es außerdem gut und richtig, wenn der Regierende Bürgermeister mit seiner Richtlinienkompetenz große Planungs- und Bauprojekte für die Stadt unterstützt. Das kann extrem hilfreich sein.“

Lompscher werde, so der Tagesspiegel, „koalitionsintern vorgeworfen, die Bürgerbeteiligung zum Dogma zu erheben, weshalb sich wichtige Bauvorhaben verzögern.“ Daraus die Senatorin: „Ich bin eine große Feindin von Dogmen. Bürgerbeteiligung gehört doch zur DNA dieser Koalition und es gibt dazu keine Alternative. Der Vorbehalt der Bürgerinnen und Bürger, ob das alles so richtig und gut ist, wächst mit zunehmender Bautätigkeit. Dem müssen wir uns stellen.“

Ob sie es mühe mache, dass ständig an ihr herumgörgelt werde, fragte der Tagesspiegel Katrin Lompscher: „So etwas geht nicht spurlos an einem vorbei. Aber es ist auch ein Zeichen dafür, dass die Brisanz der Aufgabe, mit der ich betraut bin und die für die Stadt, die Koalition und den Senat eine zentrale Rolle spielt, sich in der öffentlichen Diskussion widerspiegelt. Bestimmte Angriffe gegen mich sind aber interessengeleitet und von wenig Fachkenntnis geprägt.“ Auf die Frage, ob sie die Kritik noch bis zum Ende der Wahlperiode aushalte, sagte sie: „So lange die Wahlperiode geht, bin ich Senatorin.“ Na, dann ist ja alles klar.

Ed Koch